

Der Präsident



Bund der Richter und Staatsanwälte
In Nordrhein-Westfalen e.V.
Herrn Reiner Lindemann
Martin-Luther-Straße 11
59065 Hamm

PIEGEGANG

Erl......

14.10.2009

Ihr Schreiben vom 28.08.2009

Sehr geehrter Herr Lindemann,

ich komme zurück auf Ihr vorbezeichnetes Schreiben und unsere Zwischennachricht vom 30.09.2009.

Das Präsidium der Rechtsanwaltskammer Düsseldorf hat inzwischen ausführlich über das Thema diskutiert und dankt Ihnen zunächst für Ihre Initiative. Es muss in der Tat das Anliegen aller Organe der Rechtspflege sein, für eine gute und bürgernahe Justiz einzutreten und sich mit entsprechenden Forderungen und Überlegungen an unsere politischen Vertreter zu wenden. Wir danken deshalb sehr für Ihre Bereitschaft, die Anwaltschaft in Ihre Aktivitäten einzubinden.

Die Anliegen, die uns bewegen und die wir auch immer wieder formulieren, sind vielfältig: Sie reichen von der Diskussion über die Juristenausbildung (insbesondere über die Umsetzung des Bologna-Prozesses in der **Juristenausbildung** und die Frage einer Beibehaltung des Einheitsjuristen), über die Forderung nach linearen und strukturellen Gebührenanpassungen bis hin zu Fragen des Zugangs zum Recht für alle, also auch sozial schwache Bürger, den Datenschutz in Anwaltskanzleien, die Gewährleistung von Verfahrensgarantien im Strafrecht und den umfassenden Schutz des anwaltlichen Berufsgeheimnisses (der nicht etwa zwischen Strafverteidigern und „sonstigen“ Rechtsanwälten unterscheidet). Diese Aufzählung ließe sich noch lange fortsetzen.

Allerdings haben wir bei vergangenen **Bundestags-** und Landtagswahlen, bei denen ja auch schon von „**Wahlprüfsteinen**“ und vergleichbaren Instrumenten der Einflussnahme auf die politische Willensbildung und des „**Parteienchecks**“ die Rede war, feststellen müssen, dass unsere Themen einerseits zu wenig publikumswirksam

und andererseits zu komplex sind, um als plakative Forderungen vorgetragen werden zu können. Bessere Erfolge als mit Wahlprüfsteinen haben wir in der Vergangenheit mit dem persönlichen Dialog zwischen den Vertretern unserer Berufsorganisationen und den unmittelbar zuständigen Politikern erzielt.

Wir bitten deshalb um Verständnis dafür, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt auf Ihr freundliches Angebot, uns mit eigenen Forderungen zu platzieren, nicht zugreifen. Wir sind allerdings sehr **daran** interessiert, mit Ihnen im Dialog zu bleiben, von **Ihren** weiteren Aktivitäten zu erfahren und uns möglicherweise einmal zu einer Diskussionsrunde, über deren Besetzung wir **uns** noch verständigen könnten, zusammenzufinden.

Mit freundlichen Grüßen



Ulrich
Präsident